

*Christlich Demokratische Union Deutschlands
Stadtverband Griesheim*



*Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Griesheim*



Koalitionsvertrag

Aus Verantwortung für ein zukunftsfähiges, lebens- und liebenswertes Griesheim

**Koalitionsvertrag für die Wahlzeit 2021 – 2026 zwischen
CDU und SPD
sowie deren Fraktionen
in der Stadtverordnetenversammlung Griesheim**

Inhalt:

	Seite
Präambel	3
Bürgerbeteiligung	3
Digitalisierung	3
Ehrenamt	4
Finanzen	4
Gewerbe und Landwirtschaft	4
Integration und Inklusion	5
Jugend und Senioren	5
Kinderbetreuung und Bildung	6
Klimaschutz/Umwelt	6
Mobilität	7
Stadtentwicklung und Infrastruktur	7
Personelle Vereinbarungen und Zusammenarbeit	8

Obwohl aus Gründen der Vereinfachung und besseren Lesbarkeit in diesem Koalitionsvertrag bei der Bezeichnung von Personen bzw. Personengruppen die maskuline Form gewählt wurde, beziehen sich diesbezügliche Angaben selbstverständlich auch auf das weibliche Geschlecht.

Präambel

Die CDU und die SPD in der Stadt Griesheim wollen gemeinsam für die kommende Wahlzeit eine verlässliche und verantwortungsvolle Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung von Griesheim bilden, da wir durch die Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen stehen.

Daneben stellen uns insbesondere der Klimawandel und die Digitalisierung vor Anforderungen, die bewältigt werden müssen, damit unsere Stadt lebens- und liebenswert bleibt.

Die großen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen verlangen eine vorsorgende Haushaltspolitik und nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Dieser Verantwortung wollen sich CDU und SPD gemeinsam stellen und die richtigen Weichen für die Zukunft für eine soziale, klimafreundliche und nachhaltige Stadt Griesheim stellen, in welcher die Menschen gerne leben und die von gesellschaftlichem Zusammenhalt geprägt ist.

Wir stehen gemeinsam für eine sparsame Haushaltspolitik, wollen aber auch wichtige Investitionen für zukünftige Generationen tätigen.

Bürgerbeteiligung

Mehr soziales Miteinander in der Stadt entsteht auch durch möglichst große Transparenz der Politik und eine starke Beteiligung der Bürger im Rahmen von aktiver Bürgerbeteiligung. Die verabschiedeten Leitlinien der Bürgerbeteiligung werden von uns konsequent umgesetzt und die Partizipationsmöglichkeiten weiter ausgebaut.

- Umsetzung Leitlinien Bürgerbeteiligung
- Ausbau Internetplattform Bürgerbeteiligung
- Prüfung weiterer kommunaler Beteiligungsformen wie zum Beispiel Runde Tische

Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert unser Gemeinwesen und damit auch die Lebens- und Arbeitswelten. Wir wollen unsere Verwaltung digital, barrierefrei und bürgernah weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, mithilfe digitaler Anwendungen Prozesse zu modernisieren und Bürokratie abzubauen.

Analoge Einrichtungen und Druckerzeugnisse werden wir weiter zur Verfügung stellen, solange digitale öffentliche Dienstleistungen nicht für alle erreichbar sind.

- Unterstützung der Transformation der Verwaltung in eine moderne, digitale und bürgernahe Verwaltung
- Erprobung neuer Dialogstrukturen und Formate
- Dienstleistungen umfassend online zur Verfügung stellen
- Handlungsorientierung an den Bedürfnissen der Bürger
- Offene Internetzugänge in allen öffentlichen Einrichtungen
- Berücksichtigung Datensicherheit und Datensparsamkeit der Nutzer

Ehrenamt

Die Vereine in Griesheim sind anerkannte elementare Bestandteile des sozialen Miteinanders in unserer Stadt und für das kulturelle und sportliche Leben in Griesheim unverzichtbar. Wir wollen die bestehende Vereinsförderung bedarfsgerecht ausbauen, die Zusammenarbeit mit den Vereinen intensivieren und im Dialog mit den Vereinen prüfen, ob durch eine zentrale Servicestelle Unterstützung geleistet werden kann.

- Weiterentwicklung der Förderrichtlinien für Vereine
- Bildung Runder Tisch Stadt – Vereine
- Im Dialog mit den Vereinen: Ermittlung der weitergehenden Unterstützung der Vereine, z.B. durch Einrichtung einer Servicestelle
- Neuauflegung Sport(stätten)entwicklungsplan

Finanzen

Wir streben einen ausgeglichenen Haushalt an; ein Haushaltssicherungskonzept soll vermieden werden.

- Beibehaltung des Status als eigenständiges Mittelzentrum in der Region
- Orientierung der Grundsteuerhebesätze unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der Stadt im Rahmen des Durchschnitts vergleichbarer Kommunen
- Umsetzung des festgelegten Straßenbauprogramms bis 2024 und Evaluation der wiederkehrenden Straßenbeiträge sowie Entscheidung über das weitere Vorgehen

Gewerbe und Landwirtschaft

Wir wollen die Zukunft unserer Wachstumskommune aktiv gestalten und die Wirtschaftskraft am Standort Griesheim stärken mit dem Ziel, neue Steuereinnahmen für unsere Kommune zu generieren. Wir wollen vorhandene Arbeitsplätze sichern und verstärkt die Ansiedlung neuen Gewerbes in Griesheim vorantreiben, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir setzen uns für den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe als wichtiger traditioneller Wirtschaftsfaktor ein und wollen den Dialog mit den Landwirten intensivieren, um die Produktion von frischen und gesunden Nahrungsmitteln zu gewährleisten.

- ein Ansprechpartner im Rathaus für das Thema Wirtschaft
- Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Griesheim durch aktive Wirtschaftsförderung wie zum Beispiel:
 - Standortanalysen und Standortmarketing betreiben
 - Vielfalt: keine Festlegung auf spezielle Bereiche bei neuer Ansiedlung von Unternehmen
 - Unterstützung der Unternehmen/Gewerbe in Krisenzeiten
 - Austausch mit Gewerbetreibenden und dem Gewerbeverein
- Entwicklung des neuen Gewerbegebietes „Rübgrund V“ zu bedarfsgerechten Flächen für zu Griesheim passenden Unternehmen
- Erhalt der Existenzgrundlage für die heimische Landwirtschaft

- Förderung heimischer Produkte und Lebensmittel, z. B. Marke „Made in Griesheim“
- Dialogforum mit den Landwirten – Runder Tisch Landwirtschaft

Integration und Inklusion

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die eine gleichberechtigte und umfassende Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in unserer Stadt ermöglichen.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention betrachten wir als Querschnittsaufgabe der gesamten Politik.

- Unterstützung Arbeitskreis Asyl und der Vereine die Integrationsarbeit leisten
- Unterstützung des Ausländerbeirates
- Fortschreibung des Integrationskonzeptes
- Durchführung von Maßnahmen und Projekten zur Integration
- Durchführung von Veranstaltungen zur Integration (z.B. Internationales Sommerfest oder Interkultureller Tag)
- Unterstützung des Integrationsprozesses durch wirksame Öffentlichkeitsarbeit
- Durchführung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit, z.B. Gestaltung von barrierefreien Spielplätzen
- Erstellung jährlicher Bericht der kommunalen Behindertenbeauftragten
- Unterstützung inklusiver Wohnprojekte

Jugend und Senioren

Wir wollen insbesondere die Rolle Jugendlicher als zukünftige Träger der gesellschaftlichen Entwicklung ins Blickfeld unserer Betrachtungen rücken und ausloten, welche Formen der Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen es gibt und wie Partizipation möglich gemacht werden kann. Wir wollen Maßnahmen durchführen, die der Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum für Jugendliche dienen.

Durch die Gründung eines Seniorenbeirates werden wir ältere Menschen in allen seniorenrelevanten Fragestellungen und Vorhaben einbinden. Von besonderer Bedeutung sind für uns auch die Sicherung altersgerechter Mobilitätsdienstleistungen sowie die altersgerechte Beschaffenheit von Wohnraum, Wohnumfeld und sozialer Infrastruktur. Das Haus Waldeck wird in städtischer Trägerschaft erhalten bleiben. Aufgrund der erforderlichen Finanzmittel wollen wir bei der geplanten Weiterentwicklung des Hauses vom Altenwohnheim zum Quartierszentrum prüfen, private Bauträger/Investoren einzubeziehen.

- Prüfung der Beteiligungsformen von Jugendlichen an Kommunalpolitik
- Prüfung weiterer Kulturangebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Prüfung ob eine Skaterbahn in Griesheim geschaffen werden kann
- Prüfung ob eine weiterer Jugendtreff (ggf. Konversionsfläche) eingerichtet werden
- Jährlicher Bericht über die Jugendarbeit
- Bildung Seniorenbeirat und jährlicher Bericht über die Aktivitäten des Beirats

- Jährlicher Bericht über die kommunale Seniorenarbeit
- Fortschreibung der Planung der Weiterentwicklung des Hauses Waldeck zum Quartierszentrum

Kinderbetreuung und Bildung

Damit Griesheim lebenswert für Familien ist, wollen wir den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in vollem Umfang erfüllen. Voraussetzung hierfür ist eine vorausschauende Planung. Wir wollen dafür sorgen, dass die Stadt Griesheim als Arbeitgeber für das Fachpersonal in den Kinderbetreuungseinrichtungen attraktiv bleibt.

Wir werden uns gegenüber dem Kreis für den Bau einer weiteren Grundschule in Griesheim einsetzen und beantragen, dass das vom Kreis angedachte Pilotprojekt Sportgrundschule nach Griesheim kommt.

- Sicherung und Erhalt eines familienfreundlichen, bedarfsgerechten Kita-Angebotes durch bedarfsgerechte Planung von weiteren Kita-Betreuungsplätzen
- Erstellung eines jährlichen Kita- Bedarfs- und Entwicklungsplans
- Sachgerechte finanzielle Beteiligung von Familien im Rahmen von zumutbaren Gebühren, differenziert nach verschiedenen Betreuungsformen
- Beim Bau von neuen Einrichtungen ggf. Suche nach Partnern (Firmen) entsprechend/vergleichbar Erschließung Konversion
- Antrag an den Kreis, die geplante neue Grundschule in Griesheim als Pilotprojekt Sportgrundschule zu bewilligen
- Stärkung der Anliegen der GHS gegenüber dem Kreis aufgrund ihrer Stellung als Standort mit überörtlicher Bedeutung

Klimaschutz/Umwelt

Klima- und Umweltschutz gehören zu den globalen Herausforderungen unserer Zeit. Wir sehen uns den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet und in der Verantwortung, dem Rückgang der biologischen Vielfalt und dem spürbaren Klimawandel mit lokalen Strategien und Maßnahmen zu begegnen. Wir wollen so angemessen und insbesondere auch nachhaltig auf die bereits eingetretenen Veränderungen reagieren mit dem Ziel, die Klimaneutralität unserer Stadt zu erreichen.

- Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes (z.B. Installation von Solaranlagen, Begrünung von Flachdächern)
- Energetische Sanierung von städtischen Wohngebäuden
- Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen für städtische Eingriffe in Natur und Landschaft
- Unterstützung von Hessen Forst bei Maßnahmen zur Aufforstung des Waldes
- Ausbau der Naherholung in Griesheim
- Prüfung von Maßnahmen zur Reduzierung von Lichtverschmutzung
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Innenstadtplätze durch mehr Grün
- Information und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Klimaschutz
- Initiierung von Projekten zum Klimaschutz in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Unterstützung bei der Durchführung

- Ausbau des kommunalen Energiemanagements
- Zeitnahe Schaffung einer Stelle „Klimamanager“ unter Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten
- Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Fachbereich 5 (Umwelt)
- Kontinuierliche Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes
- Ausschöpfung von allen Fördermöglichkeiten zum Klimaschutz

Mobilität

Mobilität ist eine zentrale Grundlage für individuelle Freiheit und gesellschaftlichen Wohlstand, für wirtschaftliches Wachstum und für Arbeitsplätze. Mobilität, egal in welcher Form, ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens. Diese gilt es sicherzustellen. Wir setzen uns für eine gleichrangige Betrachtung von Fußgängern, Fahrradfahrern und Kraftfahrern ein und fördern das soziale Miteinander und den gegenseitigen Respekt im Straßenverkehr. Da das Radfahren als alltägliches Verkehrsmittel zunehmend an Bedeutung gewinnt, wollen wir die Radinfrastruktur in unserer Stadt -unter Beachtung der Anforderungen von Fußgängern und Kraftfahrern- ausbauen.

- Umsetzung von Maßnahmen aus der Radwegenetzanalyse zur Verbesserung der Radverkehrssituation unter Einbeziehung der Bürger (z.B. runder Tisch)
- Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen zur Erweiterung des Gewerbegebietes Nordring
- Umsetzung der verabschiedeten Beschlüsse zu Stadtbus und Straßenbahnverlängerung
- Fortführung der Gestaltung des westlichen Stadteingangs nach getroffener Entscheidung über den konkreten Straßenbahnverlauf
- Beobachtung der Akzeptanz des neuen Angebots "Shuttle on Demand" und -in diesem Zusammenhang- Überprüfung der Aufrechterhaltung des Angebots Anruf-Sammel-Taxi
- Ausbau der Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet

Stadtentwicklung und Infrastruktur

Stadtentwicklung bedeutet für uns, dass bei allen Veränderungen die Stadt als Ganzes und die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen in unserer Stadt betrachtet werden müssen. Wir müssen prüfen, ob Maßnahmen zukunftsfähig sind und dabei alle Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen wie Wirtschaft, Soziales sowie Kultur und Umwelt.

- Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. Lebenswerte Städte müssen sich alle Menschen leisten können. Wir werden Initiativen ergreifen, um auf städtischen Flächen gemeinsam mit Partnern bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
- Neubau von mehr als 300 Wohnungen, davon die Hälfte als sozialer bzw. bezahlbarer Wohnraum auf den Konversionsflächen
- Der Neubau des Feuerwehrhauses gehört zu unseren obersten Prioritäten: dazu zählen Auswahl des Standortes und Umsetzung des Neubaus eines modernen Feuerwehrhauses im Dialog mit der Freiwilligen Feuerwehr

- Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität wollen wir die Innenstadtplätze auf Basis des Grundsatzkonzeptes "Griesheimer Plätze in der Innenstadt" gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgestalten.
- Wir beginnen zeitnah mit der Ausschreibung des Wettbewerbs zur Umgestaltung Schüler Platz/Anlage
- Erhalt und Ausbau des freiwilligen Polizeidienstes zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürger
- Stärkung der Stadtpolizei
- Einsatz für den Erhalt der Polizeistation
- Fortschreibung des Flächennutzungsplans
- Etablierung von Beratungsstellen der Kreisebene als Außenstellen in Griesheim

Personelle Vereinbarungen und Zusammenarbeit

Die Position des Stadtverordnetenvorstehers wird durch ein Mitglied der SPD-Fraktion besetzt. Die Mitglieder der CDU-Fraktion unterstützen den Bewerber der SPD-Fraktion bei der Wahl zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Das Amt des ehrenamtlichen Ersten Stadtrats wird von einem Vertreter der CDU bekleidet.

Der SPD steht daneben der Vorsitz eines der vier Hauptausschüsse, der CDU die Vorsitze zweier Hauptausschüsse sowie der Vorsitz über den nicht ständig tagenden Feuerwehrausschuss zu.

Die Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien im Detail werden in einer separaten Vereinbarung zwischen den Fraktionen von CDU und SPD geregelt.

Die Koalitionspartner CDU und SPD werden ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen.

Die Koalitionspartner treffen sich regelmäßig zu Koalitionsgesprächen in einem Koalitionsausschuss. Weitere Einzelheiten dazu werden in einer Zusatzvereinbarung zwischen den Fraktionen geregelt.

Anträge in der Stadtverordnetenversammlung stellen die beiden Koalitionsfraktionen grundsätzlich nur gemeinsam. Dies gilt auch für das Abstimmungsverhalten zu Anträgen von anderen Fraktionen. In besonderen Einzelfällen sind Ausnahmen davon nur im gegenseitigen Einvernehmen möglich.

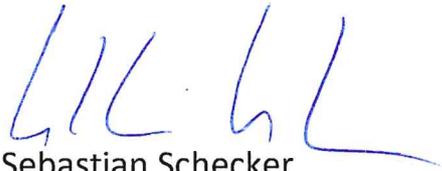
Die Grundlage unseres Handelns in der Stadtverordnetenversammlung sind Achtung, Respekt und gegenseitige Wertschätzung gegenüber allen Beteiligten.

Für die Koalitionsparteien und die dazugehörigen Fraktionen:



Hagen Novotny

(Vorsitzender CDU-Stadtverband Griesheim und CDU-Fraktion der
Stadtverordnetenversammlung Griesheim)



Sebastian Schecker

(Vorsitzender SPD-Ortsverein und SPD-Fraktion der
Stadtverordnetenversammlung Griesheim)

